

Die Ampel wirkt

© Limitless Production – stock.adobe.com

Konjunkturelle Lage trübt sich weiter ein – Wirtschaft will Arbeitsplätze verlagern

Seit 2022 wird Deutschland von der Ampel-Koalition regiert. Das wirkt sich unmittelbar auf die Wirtschaft aus. Der Verband der bayerischen Metall- und Elektroindustrie (vbme) und die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) sprechen von einer Standortkrise und warnen vor einer Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland.

„Unsere Konjunkturumfrage vom Dezember 2023 zeigt, dass sich die Geschäftslage im zweiten Halbjahr 2023 deutlich eingetrübt hat. Sowohl für das Inlands als auch für das Auslandsgeschäft sind die Urteile der Unternehmen in den negativen Bereich gefallen. Für die erste Jahreshälfte 2024 wird eine weitere Verschlechterung erwartet“, heißt es in einem Newsletter des vbme. Die aktuelle Politik wird aus Sicht der bayerischen Wirtschaft kaum dazu beitragen, die Abwärtsspirale zu stoppen.

„An den ungünstigen Rahmenbedingungen ändert sich wenig. Nach wie vor sind die Energiepreise hoch, das hohe Zins-

niveau verteuert die Finanzierung von Investitionen und die große innen- und geopolitische Unsicherheit bremst die wirtschaftliche Aktivität. Hinzu kommen die strukturellen Herausforderungen des Arbeits- und Fachkräftemangels sowie der hohen und weiter steigenden Bürokratie und Regulierung.“

Auch der aktuelle Bundeshaushalt gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. „Der Sozialhaushalt trägt kaum zu echten Einsparungen bei. Die beschlossenen Maßnahmen zum Bürgergeld fallen deutlich zu klein aus. Beiträge der Sozialkassen gehen zulasten der Arbeitgeber und der Versicherten. Wachs-

tumsimpulse fallen im Vergleich zu unseren wichtigsten Wettbewerbern viel zu zaghaft aus“, heißt es seitens der vbw. Durch den Haushaltsentwurf stiegen zudem die Energiekosten. Weitere Maßnahmen wie die geplante Plastiksteuer führten zu höheren Preisen und zu einer Verschiebung hin zu schwer recycelbaren Verbundstoffen.

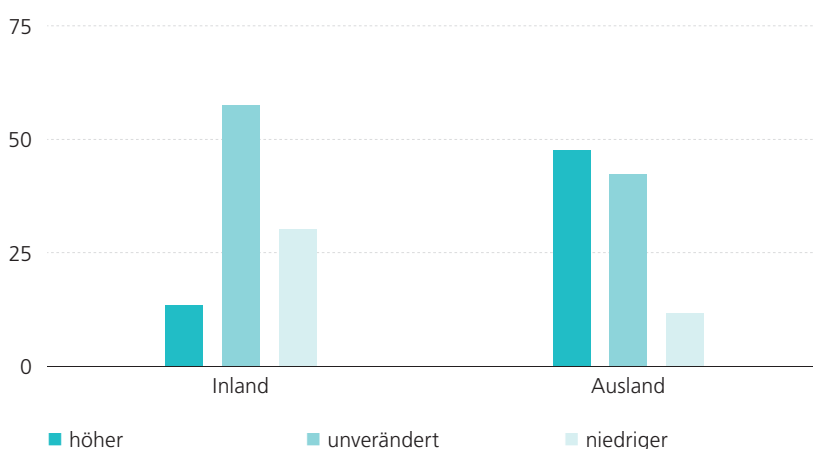
Mit Sorge sehen die Unternehmen die Diskussion über Arbeitszeitverkürzungen. „Wir warnen vor der Forderung nach einer tariflichen Arbeitszeitverkürzung, da Arbeitsplätze und Inlandsinvestitionen verloren gehen und die Tarifbindung sinkt. Fast 80 Prozent der Unternehmen der bayerischen Metall- und Elektroindustrie erwägen die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, wenn die Viertagewoche mit Lohnausgleich Realität würde“, so die vbw. Gleiches gelte für die Zukunftsinvestitionen. 66 Prozent der Unternehmen würden dann verstärkt im Ausland investieren. „Vor einer solchen Diskussion können wir nur warnen, denn die Tarifbindung wird nachhaltig geschwächt und irreversibel beschädigt. Die Rufe nach dem Staat, um mangelnde Tarifbindung zu bekämpfen, sind bei solchen Diskussionen verfehlt“, meint vbw-Präsident Wolfram Hatz.

Die negativen Konjunkturaussichten lassen wenig Gutes für die Beitragseinnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung erwarten. Und die sind wiederum die Grundlage für Punktwert- und Budgeterhöhungen.

Leo Hofmeier

INVESTITIONSPÄNE INLAND–AUSLAND

Pläne für das 1. Halbjahr 2024



Quelle: bayme vbm Konjunkturumfrage

Die verfehlte Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition führt dazu, dass immer mehr Unternehmen darüber nachdenken, im Ausland zu investieren.